

# Aktuelle Post aus dem Kreistag (15)



15. Juni 2018

Liebe Freundinnen und Freunde!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

Wichtigster Punkt dieser Kreistagssitzung war der Nachtragshaushalt 2018 und ein Investitionsprogramm 2018 bis 2021.

Darin liegt einiger Sprengstoff! Denn es geht um die Teilnahme am Investitionsprogramm der Hessenkasse. Das wären für den Wetteraukreis 31 Millionen aus Landesmitteln. Dieses Geld will der Kreis natürlich haben. Doch einige Altlasten müssen zuvor bereinigt werden. Und ein wichtiger Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge in der Wetterau ist davon mit betroffen: Das Gesundheitszentrum Wetterau (GZW).

Vielleicht haben Sie / habt ihr die Berichterstattung in der Presse zum GZW verfolgt. Wir berichten ausführlich in dieser Post, denn wir befürchten eine Entwicklung hin zur Privatisierung.

## **Das sind die Themen dieser Ausgabe:**

1. Landtagswahlen und Usagassenfest 2018
2. Wahl einer/eines hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten
3. Nachtragshaushalt 2018, Inverstitionsprogramm 2018-2021
4. Erhalt des Kreisjugendhauses „Hubertus“
5. Nazis fordern „Abschiebezentrums“ und Internierung von Geflüchteten
6. Anfragen Die LINKE / Piraten zum Jobcenter Wetterau und zum GZW

**Drei Frauen vertreten  
DIE LINKE Wetterau bei den  
Landtagswahlen am  
28. Oktober 2018**

Für den Wahlkreis 25 (Wetterau Süd) tritt Anja ElFechtali aus Friedberg als Direktkandidatin der Linken an. Ihr Stellvertreter ist Peter Eickmann aus Florstadt. Im Wahlkreis 27 (Wetterau Nord) kandidieren Fatma Demirkol aus Friedberg und stellvertretend Peter



Zeichner aus Rockenberg. Für den Wahlkreis 26 (Wetterau Ost) wurden Gabi Faulhaber aus Karben nominiert und Alexander Klietz aus Wölfersheim als ihr Stellvertreter.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken wollen vor allem soziale Fragen in den Mittelpunkt des Wahlkampfs stellen. An erster Stelle geht es ihnen um die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Sie fordern, dass der Wetteraukreis endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gründet und die Investitionsmittel der Hessischen Landesregierung für den sozialen Wohnungsbau abrufen.

**Einladung**

**zum Usagassenfest 2018**

Das Sommerfest der Linken Wetterau in der Friedberger Usagasse hat schon Tradition. Sie sind herzlich eingeladen! Ihr seid herzlich eingeladen! Wie jedes Jahr gibt es Live-Musik, nette Gesellschaft und Politik.

Wir freuen uns auf Musiker aus der Region und auf den Vizepräsidenten des Hessischen Landtags, Dr. Ulrich Wilken. Dieses Jahr haben wir für Kinder und Erwachsene ein lustiges Kaspertheater engagiert.

Wer Lust hat, eigene Beiträge beizusteuern, kann das gerne tun! Nur Mut!

# Usagassenfest



**Einladung zum Sommerfest**  
vor dem Roten Laden, Friedberg, Usagasse 23.



Plaudern • Essen • Trinken • Spaß • Kinderfest • Bonbontankstelle • Internationales Fest • **Kaspertheater** • Ab 16 Uhr **Livemusik** mit **Refund** Rock'n'Country'n'Blues und **Nachtschicht** • Dr. Ulrich Wilken, Vizepräsident des Hessischen Landtags

**4. August 2018, 15 bis 22 Uhr**

## **Wahl einer/eines hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten**

Der bisherige Erste Kreisbeigeordnete, Jan Weckler (CDU), wurde neuer Landrat. Somit musste die Stelle des Ersten Kreisbeigeordneten neu besetzt werden. Es ist eine hauptamtliche Stelle und der/die Stelleninhaber/in ist auch die Vertretung des Landrats. Gewählt wurde mit Mehrheit Stephanie Becker-Bösch (SPD). Sie war bisher Zweite Kreisbeigeordnete.

Jetzt kann man sich ja denken was kommt: die Stelle des/der zweiten Kreisbeigeordneten ist frei geworden. Muss jetzt ein Neuer oder eine Neue her? Wir sagen NEIN!

Ein Wahlausschuss wurde schon gebildet. Die Wahl wird in der nächsten Kreistagssitzung stattfinden.

Wir werden einen Zweiten Kreisbeigeordneten ablehnen. Eine zweite hauptamtliche Stelle kostet viel Geld. Als der Wetteraukreis unter den Schutzschirm ging, wurden viele soziale Leistungen gekürzt oder ausgelagert. Die Sozialpolitik des Kreises wurde repressiver. Damals hieß es: wir können uns einen weiteren Hauptamtlichen nicht leisten. Nach der Kreistagswahl bildeten dann SPD und CDU eine Koalition und es mussten zwei Hauptamtliche her – Pateiengeklüngel, um bei der Landratswahl gut aufgestellt zu sein. Dafür ist dann Geld da. Soziale Projekte lassen auf sich warten.

Das war unsere Rede im Kreistag:

*Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, wir werden Frau Becker-Bösch nicht wählen. Das hat keine persönlichen Gründe. Aber als Sozialdezernentin hat sie alle Kürzungen im sozialen Bereich mitgetragen. Sie hat nichts getan, um die drängenden sozialen Probleme im Wetteraukreis in Angriff zu nehmen: Sie setzte sich nicht für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft ein. Sie war für die Fusion des Gesundheitszentrums Wetterau mit den Lahn-Dill-Kliniken und auch jetzt mit den Hochtaunuskliniken und stimmte auch für die Umwandlung des GZW von einer gGmbH in eine GmbH. Und sie tat nichts, um die Probleme im Jobcenter abzustellen. Diese Politik möchten wir nicht mit einer Zustimmung goutieren.*

## **Nachtragshaushalt 2018 – Investitionsprogramm 2018-2021**

Über diesen Punkt berichten wir etwas ausführlicher. Denn zum Verständnis ist einiges Hintergrundwissen notwendig.

In der Kreistagsdebatte ging es natürlich erst einmal nur um einen Nachtragshaushalt. Das wäre eigentlich ein normaler Vorgang: nach einiger Zeit merkt man, dass z.B. beschlossene Haushaltsmittel nicht ausreichen oder nochmal Veränderungen in den Teilhaushalten nötig sind. Dann braucht es einen Nachtragshaushalt.

Doch dieser aktuelle Nachtragshaushalt wurde aus einem anderen Grund nötig.

**Der Wetteraukreis will am Investitionsprogramm der Hessenkasse teilnehmen.**

**Was ist die Hessenkasse?**

Mit der Hessenkasse will die Landesregierung die Kommunen drängen, ihre Kassenkredite abzubauen. Die Hessenkasse besteht aus zwei Teilen:

**1. will das Land die Kassenkredite von Kommunen ablösen.** Bei den Kassenkrediten der hessischen Kommunen geht es um einen Gesamtbetrag von etwas über 5 Milliarden Euro, die sich auf 265 (von 447) Kommunen verteilen. Wer an der Hessenkasse teilnimmt, muss weiterhin Zinsen und Tilgungen bezahlen aber nur ein Drittel der Höhe, die normalerweise fällig wäre. Die anderen 2/3 trägt das Land mit Unterstützung von Bundesmitteln. Das Land verlangt als Gegenleistung 25 Euro pro Einwohner und Jahr. Und das für einen Zeitraum von 30 Jahren. Wer dann immer noch Schulden hat, dem werden sie erlassen.

Das ist der Haken: nicht jede Kommune kann sich das leisten.

Ein Beispiel: Friedberg hat 27.801 Einwohner. Dann müsste die Stadt jährlich 695.025 Euro an das Land zahlen. In 30 Jahren sind das – bei gleichbleibender Einwohnerzahl – 20.850.750 Euro. Hätte Friedberg soviel Geld übrig? Nein! Was würde also passieren, sollte Friedberg an der Hessenkasse teilnehmen? Überall würde der Rotstift angesetzt werden und man würde Gebühren erhöhen. Wen wundert es, wenn bisher nur 30 hessische Kommunen an der Hessenkasse teilnehmen wollen?

Außerdem will das Land zukünftig die Aufnahme von Kassenkrediten strikt kontrollieren. Kassenkredite sollen wirklich nur noch aufgenommen werden, wenn man kurzfristig nicht flüssig ist.

Das ist der Haken: Auch bisher durften Kassenkredite nur für Liquiditätsengpässe verwendet werden. Aber das hat kaum eine Kommune eingehalten und es wurde auch nicht kontrolliert. Warum? Weil das Geld für die kommunalen Aufgaben nicht ausreicht. Die Kommunen werden vom Land nicht auskömmlich mit Finanzen ausgestattet. Da hat man sich mit Kassenkrediten beholfen und niemand hat so genau aufgepasst.

**2. soll es ein 600-Millionen-Investitionsprogramm geben.** Dieses Investitionsprogramm wurde aufgelegt, weil die Hessenkasse die Kommunen benachteiligt, die keine Kassenkredite haben. 1. Juli 2018 ist der Stichtag, dann dürfen keine Kassenkredite mehr anstehen. Wer das schafft, kann einen Investitions-Zuschuss beantragen. Möglich wäre das für etwa 200 Kommunen, wenn sie ihre Kassenkredite ablösen oder gar keine hatten. Der Zuschuss beläuft sich dann auf mindestens 750.000 Euro kann aber auch erheblich darüber liegen. Beispielsweise kann der Wetteraukreis rund 31 Millionen Euro erhalten. Die damit getätigten Investitionen erfordern einen kommunalen Eigenanteil von 10%, der notfalls über einen Kredit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank gewährt wird und dessen Zinsen das Land trägt.

**Am 1. Teil der Hessenkasse will der Wetteraukreis nicht teilnehmen.** Die Kreisspitze will ihre Kassenredite ablösen. Das schafft der Kreis nicht bis zum 1. Juli und hat daher eine Gnadenfrist bis November 2018 erwirkt. Aber das Investitionsprogramm will man unbedingt nutzen.

**Der Wetteraukreis will natürlich diese 31 Millionen Euro vom Land abrufen!**

Dafür muss er seine Kassenkredite ablösen. Doch da ergab sich ein Problem:

**Der Wetteraukreis muss pokern!**

Kassenkredite wurden in der Vergangenheit weitergegeben: An das Gesundheitszentrum

Wetterau. Insgesamt belaufen sich die weitergegebenen Kassenkredite auf 11 Millionen Euro.

Mal abgesehen davon, dass es fragwürdig ist (sehr nett ausgedrückt), ob diese Weitergabe von 11 Millionen Euro überhaupt erfolgen durfte, war man jetzt im Kreishaus in der Bredouille. Wie sollte man bis zum 1. Juli 2018 (Stichtag) das Geld zurück bekommen? Dies veranlasste den vorherigen Landrat Arnold zu dem Plan, das Stammkapital des Kreises am GZW um 15 Millionen aufzustocken. Damit könnte das GZW das Geld zurückzahlen. Mit dem Plan platzte der Ex-Landrat an die Öffentlichkeit und überraschte den zweiten Gesellschafter des GZW – die Stadt Bad Nauheim. Stadtverordnete und Bürgermeister sahen keine Möglichkeit, Geld zusammenzukratzen und ebenfalls den eigenen Anteil am Stammkapital aufzustocken. Bad Nauheim hat keine 15 Millionen. Schön, meinte Arnold, dann übernimmt der Wetteraukreis eben das GZW als alleiniger Anteilseigner. Das allerdings wäre sehr zum Nachteil der Stadt Bad Nauheim, weswegen es auch großen Stunk gibt.

Lesen Sie / lesten unsere **Anfrage zum GZW** auf der **homepage DIE LINKE Wetterau**:  
<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/909-anfrage-zum-gesundheitszentrum-wetterau-mai-2018.html>

**Der Kreistag stimmte am 13. Juni mehrheitlich dem Nachtragshaushalt und dem Investitionsplan zu.** Damit wurde auch die Erhöhung des Stammkapitals für das GZW beschlossen. In fünf Tranchen von 3 Millionen pro Jahr soll das Geld transferiert werden. So kann der Kreis seinen Kredit kompensieren.

Wie die Sache mit Bad Nauheim ausgeht, ist noch offen. Doch klar ist: wenn nur noch der Wetteraukreis Anteilseigner des GZW sein sollte, sind Fusionsverhandlungen des GZW mit z.B. den Hochtaunuskliniken noch unproblematischer.

Deswegen sind wir in unserer Rede darauf eingegangen. Leider hatten wir nur fünf Minuten Redezeit und konnten das nicht entsprechend ausführlich bewerten.

Hier unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,  
zu Beginn möchten wir bemerken, dass Landrat Weckler bereits am 9. Mai 2018 wesentliche Eckpunkte des Nachtragshaushalts in der Wetterauer Zeitung veröffentlicht ließ - noch bevor er den Kreistag darüber informierte. Wir sehen dies als eine unakzeptable Missachtung des Kreistags an und hoffen doch sehr, dass das nicht zum neuen Amtsstil des Landrats wird.  
Meine Damen und Herren, DIE LINKE / Piraten begrüßen die Investition in Glasfaser-Anschlüsse für Wetterauer Schulen, auch wenn das in Etappen erfolgen muss und zunächst nur 37 Schulen versorgt werden können. Ein schnelles Internet ist zwar noch kein Garant für guten Unterricht, aber Schulen müssen mit digitalen Medien ausbilden. Vor allem müssen Schülerinnen und Schüler Medienkompetenz erwerben – also den kritischen Umgang mit digitalen Medien und dem Internet. „Digital first, Bedenken second“, wie es die FDP so unreflektiert im letzten Bundestagswahlkampf herausposaunt hat, ist unsere Sache nicht.  
Die 1,5 Mio Euro, die der Wetteraukreises 2018 als Eigenbeitrag einsetzt, um KIP 2-Mittel abzuschöpfen, sind sicherlich eine gute Investition zur Verbesserung der baulichen Substanz der Wetterauer Schulen.*

*Wir sehen aber dennoch die Hessenkasse skeptisch. Deshalb hat die Fraktion Die LINKE / Piraten in der Kreistagssitzung am 6. Dezember 2017 als einzige Fraktion die Teilnahme am Investitionsprogramm der Hessenkasse abgelehnt.*

*Die mit dem Hessenkasse-Gesetz verbundenen Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung treffen aber alle Kommunen – unabhängig, ob sie der Hessenkasse beitreten bzw. das Investitionsprogramm nutzen.*

*In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen ist es vielleicht erträglich, wenn ein ausgeglichener Haushalt verpflichtend ist, wenn es ein Überschuldungsverbot gibt, wenn Liquiditätskredite (ehemals Kassenkredite) nicht erwünscht sind und deren Rahmensetzung von der jeweiligen Dienstaufsicht genehmigt werden muss und wenn ein Liquiditätspuffer vorgeschrieben ist. In „schlechten“ Zeiten mit geringeren Einnahmen wird dies allerdings noch große Probleme bereiten - wenn nämlich trotzdem Investitionen nötig sind. Die Kommunen sind mit der Hessenkasse immerhin bis zu 30 Jahre gebunden. Dann sind weitere Kürzungen bei Sozialausgaben und bei der öffentlichen Infrastruktur zu befürchten. Dann leistet die Hessenkasse Privatisierungen Vorschub oder Investitionen in Public-Private-Partnership – was für die öffentliche Hand erwiesenermaßen nie lukrativ ist.*

*Statt der Hessenkasse - als Zuckerguss auf einer ziemlich bitteren Pille - fordert die Fraktion DIE LINKE / Piraten eine auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen durch das Land, von der wir trotz Hessenkasse immer noch weit entfernt sind.*

*Meine Damen und Herren!*

*Laut Berichten in der Presse gewährte der Wetteraukreis dem GZW Geld aus den eigenen Kassenkrediten – und zwar ca. 11 Millionen Euro. Das erhaltene Geld habe das GZW in den Bau eines Facharzt- und Servicezentrums und den Kauf der Diabetesklinik investiert. In der HGO ist festgelegt, Kassenkredite dürfen nur zur Liquiditätssicherung aufgenommen werden (§ 105); sie dienen der Überbrückung von vorübergehenden Engpässen.*

*Jetzt wird hektisch versucht, mit diesem Nachtragshaushalt diesen Fehler zu bereinigen, indem die Anteile des Wetteraukreises auf 15 Millionen aufgestockt werden.*

*Gleichzeitig laufen Verhandlungen mit den Hochtaunus-Kliniken.*

*Hierzu ist folgendes bemerkenswert:*

*Die Hochtaunuskliniken haben den Neubau in Bad Homburg, der 2014 fertiggestellt wurde, als PPP-Projekt realisiert – in Öffentlich-Privater Kooperation. Angeblich seien damit die Gesamtkosten für Bau, Finanzierung und Betrieb über einen anvisierten Zeitraum von 25 Jahren um 200 Millionen Euro billiger. Doch es gab schon umfangreiche rechtliche Auseinandersetzungen wegen schlechter Leistungen des privaten Partners. Zunächst entschied ein Schiedsgericht – eine dieser neoliberalen Schiedsstellen außerhalb des Rechtssystems der Bundesrepublik Deutschland – für den privaten Partner. Glücklicherweise fällte der Bundesgerichtshof eine andere Entscheidung und verlangte vom Schiedsgericht Neutralität und Distanz. Ich erinnere, dass in dem Vertragsentwurf zur Fusion des GZW mit den Lahn-Dill-Kliniken auch solche Schiedsgerichte vorgesehen waren.*

*Es ist mehr als zu befürchten, dass die Verhandlungen mit den Hochtaunuskliniken eine Entwicklung in Richtung Privatisierung eröffnen werden. Schon allein die Personalie Dr. Grimminger schürt diese Annahme.*

*Mit der Aufstockung der Wetterauer Anteile am GZW und damit, dass man sich Bad Nauheim als Bremse vom Hals schaffen will, kann es nun ja ohne nennenswerte Kritik in Richtung Privatisierung gehen. Oder zumindest weg von der gGmbH in Richtung GmbH - wie es auch im Vertragsentwurf mit Lahn-Dill vorgesehen war - und damit in Richtung eines profitorientiert agierenden*

*Gesundheitskonzerns. Auch die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle waren im Vertragsentwurf GZW - Lahn-Dill-Kliniken nicht ausreichend gegeben.*

*Meine Damen und Herren,  
wir werden diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen, solange er wichtige soziale Angelegenheiten nicht sicher in öffentlicher Hand und öffentlicher Kontrolle belässt.*

### **Erhalt der Kreisjugendhauses „Hubertus“**

Der Jugendhilfeausschuss hatte einen Antrag eingebracht, das Kreisjugendheim Hubertus zu sanieren und weiter zu betreiben. Derzeit steht der Komplex leer. Zeitweise waren vom Land Hessen dort minderjährige Flüchtlinge untergebracht.

Nach einer Umfrage in den Schulen war deutlich: es besteht Interesse an der Nutzung des Kreisjugendhauses.

Der Antrag fand eine breite Mehrheit und auch wir haben ihn unterstützt. Zunächst sollen nun drei Millionen Euro für die Modernisierung aufgewendet werden.

### **Nazis fordern „Abschiebezentrum“ und Internierung von Geflüchteten**

Nur bei der AfD enthielten sich Abgeordnete der Stimme – alle anderen Parteien lehnten den NPD-Antrag ab: In Büdingen wollen die Nazis ein Abschiebezentrum haben, in dem Geflüchtete interniert werden.

Das haben wir dazu gesagt:

*Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,  
es hätte jetzt keines weiteren Antrags bedurft, um zu zeigen, dass sich die NPD bei ihrer faschistischen Vorgängerpartei über menschenverachtende Internierungen ausgiebig informiert hat. Ich möchte dazu eigentlich nichts weiter sagen, der Antrag spricht für sich.*

*Aber ich möchte mich heute einmal bedanken, bei allen, die ehrenamtlich aber auch professionell tätig sind, um Flüchtlinge bei uns aufzunehmen. Und ich bedanke mich bei den Menschen mit einer Migrationsgeschichte, die unsere Gesellschaft bereichern und lebenswert machen! Oft hört man in den Medien und sozialen Netzwerken nur über Kriminalität und negative Vorfälle. Tausende Menschen, die nach Deutschland migriert sind, hier arbeiten, Steuern zahlen, die Firmen gegründet haben, ausbilden und in Vereinen und zivilgesellschaftlichen Gruppen tätig sind, werden in ein negatives Licht gestellt, weil über sie nicht berichtet wird. Tausende Flüchtlinge werden kriminalisiert und verdächtigt.*

*Es ist aber auch gut zu sehen, dass tausende Bürgerinnen und Bürger unseres Landes täglich für Menschlichkeit demonstrieren: Indem sie ihre Kraft und ihr Mitgefühl für eine Gesellschaft einsetzen, die bunt und nicht braun oder zyanblau ist.*

## **Anfragen DIE LINKE. / Piraten zum Jobcenter Wetterau und zum Gesundheitszentrum Wetterau**

Mir einer großen Anfrage haben wir Auskunft zu Problemen beim Jobcenter eingefordert. Dabei geht es um die tatsächliche Praxis, die den Vorschriften nicht selten entgegensteht. Und es geht wieder um die hohem Mieten und die Zahl der Widersprüche.

Hier ist die ganze Anfrage zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/908-anfrage-zum-jobcenter-wetterau-mai-2018.html>

Eine große Anfrage zum Gesundheitszentrum Wetterau beschäftigt sich mit Kassenkrediten (siehe oben: Nachtragshaushalt/Investitionsprogramm), den geplanten Investitionen und der Zukunft der Gesundheitsversorgung im Wetteraukreis.

Leider fiel die Antwort des Landrats nicht immer angemessen aus.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/909-anfrage-zum-gesundheitszentrum-wetterau-mai-2018.html>



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de) bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber